

quent weitergeführt worden. Daran tragen die Kreisleitung und Genosse Daub selbst vor allem die Schuld, weil sie die Stärkung der demokratischen Volksmacht nicht als einen politischen Kampf mit Hilfe der Massen führten, sondern sich auf administrative Maßnahmen beschränkten.

Wie gering die führende Rolle der Partei in der Leitung des Staatsapparates entwickelt ist, zeigt sich in der äußerst ernsten Tatsache, daß weder die Bezirks- und Kreisleitung noch die leitenden Genossen im Rat der Stadt die Lage in Magdeburg richtig kannten. Sie kennen vor allem nicht die Kader. Durch die mangelnde Hilfe der Kreisleitung und der leitenden Genossen des Rates der Stadt blieben wertvolle Kader aus der Arbeiterschaft sich selbst überlassen und wurden dadurch von Bürokraten aus der Verwaltung verdrängt. So kommt es, daß der Einfluß der Arbeiterklasse bei der Demokratisierung des Staatsapparates, der Bildung der Räte der Stadtbezirke geschwächt wurde, was sich in der ungenügenden Vertretung der Arbeiter der Großbetriebe in der Stadtverordnetenversammlung und den Stadtbezirksversammlungen wieder spiegelt.

Die Kreisleitung und die Genossen im Rat der Stadt waren lange Zeit blind gegenüber der Wühlarbeit feindlicher Elemente in den Blockparteien, vor allem in der LDP und der NDP. Die kapitalistischen Großhändler, die infolge der Schädlingarbeit in der Abgabenverwaltung beim Rat des Kreises 22 Millionen DM Steuern dem Staat vorenthalten haben, konnten monatelang durch die Beherrschung der sogenannten AG Halle „Stadt und Land“ die Versorgung Magdeburgs desorganisieren. Die Kreisleitung und der Rat der Stadt haben keinen entschiedenen Kampf um die Stärkung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels geführt. Die Parteiorganisationen der HO und der Konsumgenossenschaften waren deshalb nicht auf die Verwirklichung des Beschlusses des Zentralkomitees zur Verbesserung des Handels orientiert. In den Leitungen der staatlichen Handelszentralen konnten lange Zeit kapitalistische Schieber und Saboteure ihr Unwesen treiben.

Mißstände herrschen auch im Wohnungswesen. Während Hunderte qualifizierter Facharbeiter, Techniker und Ingenieure des Emst-Thälmann-Werkes keine Wohnungen bekommen, wohnen in der zum Werk gehörenden Siedlung werkfremde Personen und Angehörige flüchtiger Elemente.

Im Ergebnis einer auf Veranlassung des ZK vorgenommenen Über-